Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 20.00 Mark. Postbestellungen nehmen die Austräger und die Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 82. Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Anzeigenpreis: Die siebengespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 4.00 Mark, auswärtige Anzeigen 5.40 Mark, Reklame-Petitzeile 12.00 Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 185 | Donnerstag, den 10. August 1922 | 17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

In München fand ein Ministerrat über die Verhandlungen mit dem Reiche statt; es soll versucht werden, noch in dieser Woche eine Verständigung zu erreichen.

Wie das Reuterbüro erfährt, ist auf Grund der Tatsache, daß in London keine Verständigung zwischen den Alliierten in Sicht ist, für heute eine Sitzung des britischen Kabinetts zusammenberufen worden. Es wird erklärt, daß die Lage zweifellos ernst ist.

Nach Berliner Meldungen soll die französische Besatzung in Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort den Befehl zur Bereitschaft erhalten haben, um eine Polizeiaktion gegen das Ruhrrevier zu führen.

Es wird bekannt, daß die französische Regierung eine Anzahl Telegramme mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten gewechselt habe. Es verlautet, daß Präsident Harding einer Aussprache über die Reparationen noch zustimmen werde, bevor Poincare nach Frankreich zurückkehrt.

Der Dollar stand heute vormittag in Berlin vorbörslich auf 865—880.

Deutschlands Not und Nahrung.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Lloyd George hat in seiner Antwortrede an Poincare gesagt, daß man Deutschland nicht zur Verzweiflung treiben dürfe. Von den Nöten des deutschen Volkes macht man sich im Londoner Beratungssaal offenbar nur unzureichende Vorstellungen. Wäre der Welt bekannt, wie es bei uns in Wahrheit aussieht, welche katastrophale Kurve die Teuerung und der allgemeine Notstand erreicht haben, man hätte Poincare sicher entrüstet mit seinen blutsaugerischen Forderungen sitzen lassen. Der Dollarstand ist nur ein sehr unzureichender Maßstab für Deutschlands wirkliche Notzeiten. Das deutsche Volk ist in seinem Lebensstandard tief unter das Friedensniveau herabgedrückt worden. Wenn man heute die Einkommen nicht nur der unteren Schichten, sondern weit bis hinein in die Kreise der früheren Reichen in Beziehung zu ihrem Goldeinkommen vom Jahre 1914 setzt, — und das muß man, wenn man den Grad von Deutschlands Verarmung richtig errechnen will, — so ergibt sich, daß das deutsche Volk heute von einem Bruchteil seiner Friedenseinkünfte leben muß.

Vom 14. August an soll der Brotpreis für markenpflichtiges Brot von 17.50 auf 31.60 Mark heraufgesetzt werden und das markenfreie Brot soll 40 Mk. kosten. Das ist eine Ankündigung von bitterer Schwere für Hunderttausende armer Volksgenossen, die bereits jetzt schon unter den Nahrungssorgen unendlich zu leiden haben. Man kann es verstehen, wenn in diesen Kreisen neben einem Gefühl der Verzweiflung auch Stimmungen aufsteigen gegen Kreise, denen es besser geht als diesen Aermsten der Armen. Es ist richtig, daß der Notstand im deutschen Volke unterschiedlich wirkt. Auch wenn wir alle unser Friedenseinkommen nicht mehr besitzen, so gibt es doch verschiedene Stände, bei welchen die veränderte Lebenslage nicht so kraß in die Erscheinung tritt. Aber es wäre falsch, die allgemeine Empörung nur gegen diese Schichten zu lenken, anstatt uns darüber klar zu werden, daß die gemeinsame Not, auch wenn sie unterschiedlich groß ist, uns zwingt, gegen den äußeren Gegner zusammenzustehen. Es muß darum jeder Verhetzung von Stadt und Land aus Gründen der nationalen Einigkeit widersprochen werden. Es ist richtig, daß auch die Interessenvertreter von rechts leider Taktlosigkeiten über Taktlosigkeiten begehen, welche wieder die Konsumentenmassen der Großstädte reizen müssen. In verschiedenen Gegenden bleibt die Ernte weit hinter den Erträgnissen des Vorjahres zurück. Es ist nur verständlich, wenn die landwirtschaftlichen Organisationen dieser Gegenden um eine mildere Behandlung bei der Getreideumlage ersuchen. Aber der Reichslandbund scheint das zum Anlaß zu nehmen, um seine Mitglieder überall zu Nachlaßforderungen aufzuputschen. Genau so wie vor der Verabschiedung des Umlagegesetzes der Reichslandbund durch seine rein negative Agitation der Sache der Landwirtschaft mehr geschadet als genützt hat, genau so widerstrebt das jetzige Vorgehen den wahren Interessen jener Landwirte, welche diesmal nur eine geringe Ernte aufzuweisen haben. Die Generalisierung der Klagen durch die Agenten des Landbundes muß gegen solche Klagen überhaupt mißtrauisch machen. Da die erforderliche Getreidemenge sichergestellt werden muß, so ist die gegenwärtige Agitation leicht dazu angetan, die Nachprüfung in den Gegenden mit wirklich schwacher Ernte zu erschweren, weil der erforderliche Apparat überall gleichzeitig angesetzt werden muß. Daneben aber wirken diese Klagen auch abstumpfend, und es kann nicht ausbleiben, daß man auf die landwirtschaftlichen Erlöse aus den freien Produkten und aus dem nichtumlagepflichtigen Getreide verweist. Am Berliner Warenmarkt wurde gestern der märkische Weizen mit 1680 bis 1670 Mark pro Zentner und der Roggen mit 1240—1250 Mark gehandelt. Ein Zentner Ochsenfleisch kostet im Lebendgewicht 3500—3700 Mark und für Bullen erhöht sich der Zentnerpreis sogar auf 3900—4100 Mark, während Schweine den Kolossalpreis von 8200 Mark für den Zentner Lebensgewicht erreicht haben. In diesen Sommertagen ist es vielen Städtern möglich gewesen, in unmittelbare Fühlung mit der Landwirtschaft zu kommen. Sie haben die schwere Arbeit des Landmannes gesehen. Auch für seinen Haushalt verteuert sich alles, was er einkaufen muß. Soeben sind die Kalipreise wieder um 30 Prozent heraufgesetzt worden. Die Arbeiterlöhne auf dem Lande halten mit den allgemeinen Lohnerhöhungen ziemlich Schritt. Die Leutenot ist auf dem Lande heute ein empfindliches Problem. Die Umlage stellt zweifellos eine Sondersteuer für die Landwirtschaft dar. So hat auch der Landwirt seine Nöte. Aber es liegt gerade in seinem Interesse, daß diejenigen die sich für seine Sachwalter politisch ausgeben, den Bogen nicht überspannen. Der bevorstehende Winter wird schwerer als mancher Kriegswinter werden. Die Preisentwicklung wirft alle Dispositionen über den Haufen. Für die Preise ist bei unserem jetzigen Geldstande naturgemäß der Umfang der Ernte mitbestimmend. Auf Einfuhr ist nur sehr schwer zu rechnen. Im Roggen werden wir nicht die gleiche Menge und Qualität wieder bekommen wie im Vorjahre und für Weizen rechnet man nur mit einer knappen Mittelernte. Sehr verheißungsvoll stehen die Kartoffeln, und es ist zu hoffen, daß eine gute Ernte auch normale Preise bringen wird. Aber die Ernährungslage im ganzen ist das ernsteste Problem der nächsten Zeit für alle Parteien. Seine Lösung darf nicht durch gehässige Agitation verhindert werden.

Englands Zurückweisung der Pläne Poincarés.

Neuerliche Gefährdung der Entente Cordiale.

Havas berichtet: In britischen Kreisen erklärte man offen, daß die englische Regierung den gesamten Plan Poincarés zurückweisen werde. Man gebe zu verstehen, daß der gestrige Tag eine ganz besondere Bedeutung haben werde, ja sogar die zukünftigen Beziehungen zwischen England und Frankreich beeinflussen werde. Pertinax telegraphierte dem Echo de Paris: Man versichere ihm, daß Sir Edward Grigg, der Privatsekretär des englischen Premierministers, die meisten englischen Journalisten in Downing Street empfangen habe. Er erklärte ihnen, daß Lloyd George entschlossen sei, das Programm Poincarés zurückzuweisen, und fügte hinzu, daß die Entente Cordiale, wenn dieses Programm nicht geändert werde, nur unter Schwierigkeiten noch aufrecht erhalten werden könne.

Scharfe Sprache Lloyd Georges.

Der Sonderberichterstatter des Petit Parisien in London meldet, er glaube zu wissen, daß infolge der Unterredung am Dienstag, namentlich der Erklärungen, die Poincare während eines in der belgischen Botschaft gegebenen Frühstücks machte, in dessen Verlauf Poincare Lloyd George gegenüber wiederum davon sprach, eventuell seine Handlungsfreiheit gegenüber Deutschland wieder zurückzunehmen, Lloyd George Dienstag abend seine Meinung ziemlich frei dahin äußerte, daß ein Bruch unvermeidlich sei. Der britische Premierminister fügte hinzu, ein Bruch sei vom englischen wie vom französischen Standpunkt gleich bedauerlich, aber die nun einmal von Poincare eingenommene Stellung scheine ihm keinen anderen Ausweg zu lassen. Dieser Eindruck würde schon Dienstag abend den Vertretern der britischen Presse mitgeteilt

•

Die Londoner Konferenz besteht zunächst immer noch in dem scharfen Duell zwischen Poincare und Lloyd George. Forderungen ultimativen Charakters und Drohungen mit Bruch der Entente wechseln einander ab. Die Presse Frankreichs und Englands macht die notwendige Begleitmusik. Da außerdem amtliche oder halbamtliche Berichte nicht ausgegeben werden, ist der Kombinationsgabe weiter Spielraum gelassen. Was man gern glaubt, das — berichtet man. An Tatsachen scheint bisher nur festzustehen, daß die französischen Vorschläge die produktiven Pfänder, von der Mehrheit der Sachverständigenkommission abgelehnt worden sind, und zwar mit der Begründung, daß die Reparationszahlungen durch sie verzögert und die Einnahmen ganz unwesentlich und nur vorübergehend gesteigert werden könnten. Die Sachverständigen sind zu ihrer Ablehnung von rein wirtschaftlichen Erwägungen aus gekommen; die Entscheidung der Gesamtkonferenz wird auch aus politischen Gesichtspunkten erfolgen. Und die sprechen noch weniger als die wirtschaftlichen für Bewilligung. So stehen sich die französischen und die englischen Ansichten und Pläne noch ebenso unvermittelt wie vor Beginn der Konferenz gegenüber. Eben deshalb hofft man in Paris auf eine belgische Vermittlung in der Richtung, daß zunächst ein provisorisches Moratorium für Deutschland etwa bis zum Ablauf dieses Jahres bewilligt und die endgültige Regelung auf einer neuen Konferenz im Herbst beraten und beschlossen wird. Es ist also bei dieser dreizehnten Konferenz nicht anders wie bei allen vorangegangenen; da man sich nicht einigen kann, schafft man irgend ein unzureichendes Provisorium und schiebt die Neuordnung wieder weiter hinaus. Daß Deutschland in seiner furchtbaren Finanznot mit solchen Mitteln nicht gedient ist, daß es bis zur nächsten Konferenz finanziell und politisch zusammenbrechen kann und dann von Reparationen überhaupt keine Rede mehr ist, das alles wird übersehen. Es geht eben immer noch nach dem alten Römerspruch: wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie vorher mit Blindheit.

Kohlensorten.

W. W. Die wenigsten Deutschen wissen, daß für die verschiedenen gewerblichen Zwecke recht verschiedene Sorten Kohle verwendet werden müssen. Sonst würde man nicht immer wieder hören, daß ja die gesteigerte Ausbeute unserer Braunkohlenfelder den Verlust der oberoberschlesischen und der Saargruben, sowie die Zwangstribute aus dem Ruhrgebiet wettmachte. Darum haben auch die Festsetzungen über die Kohlenqualitäten, aus welchen sich die deutsche Kohlentributpflicht zusammensetzen soll, in der Oeffentlichkeit nur wenig Interesse geweckt. Wer allerdings in der rheinischen Eisenindustrie oder in der Seeschiffahrt Bescheid weiß, sieht ein, daß ein Ueberfluß in einzelnen Kohlensorten einen Mangel in anderen Qualitäten nicht auszugleichen vermag. So können die Hochöfen nur mit Koks beschickt werden, und auch die meisten Zentralheizungen sind auf diesen höchstwertigen Brennstoff angewiesen. Hiermit ist natürlich nicht gesagt, daß es der Technik nicht gelingen wird, leistungsfähige Kessel für geringere Brennstoffe zu bauen. Es sei nur daran erinnert, daß für den Antrieb von Motoren früher nur ganz leichte, homogene und hochraffinierte Oele in Betracht kamen, während heute ungereinigte Rohöle gute Verwendung finden. Es darf aber nicht verkannt werden, daß die jeweilig vorhandenen Kessel und Maschinen auf einen bestimmten Brennstoff angewiesen sind, und daß ohne zeitraubende und kostspielige Umbauten kein anderer Brennstoff verwendet werden kann. Knappheit an bestimmten Brennstoffen gibt der technischen Entwicklung eine bestimmte Richtung; Erfolge können aber erst nach Jahren oder nach Jahrzehnten eintreten. Darum sind die rigorosen Forderungen unserer Gläubiger in bezug auf die zu liefernden Kohlensorten für die deutsche Wirtschaft von heute unerträglich. Tritt nicht außer in der Gesamtmenge der zu liefernden Kohlen auch noch in der Zusammensetzung der Sorten ein umfangreicher Nachlaß ein, so wird in zahlreichen Wirtschaftszweigen während des kommenden Herbstes und Winters der Betrieb eingeschränkt und die Belegschaft vermindert werden müssen.

Minna Cauer, die Patriotin.

Für den zweiten Teil eines bekannten Ausspruches des französischen Sozialisten Jaures: wenig Vaterlandsliebe führt zum Nationalismus, viel Vaterlandsliebe zum Internationalismus — konnte Minna Cauer als Beweis gelten. Keiner hat je sein Volk und Land tiefer lieben können als sie. Es war jene Liebe, die hellsehend macht für Tugenden wie für Fehler, und die aus dem Verstehen des eigenen Volkes heraus gerecht zu sein vermag gegen andere Völker. Die Niederlage, welche ihr Volk erlitten, dessen Vorzüge sie kannte und schätzte wie es wenige taten, vermochte sie bis an ihr Lebensende nicht zu verwinden. Sie verbat sich alles festliche Feiern, womit Freunde und Bewunderer ihr zu ihrem 80. Geburtstag Liebe und Verehrung zu beweisen gedachten; die Zeit sei nicht dazu angetan und ihr Herz blute noch zu sehr.

Wenige Wochen sind es erst her, da saß ich ihr in